

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Septbr. 1925 per tagl. zweimonatiger Zustellung von Haus 1,00 Mark Postbezugspreis für Monat September 3 Mark. Einzelnnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pf., auherhalb 20 Pf., die 10 mm breite Reklamazeile 150 Pf.; auherhalb 200 Pf., Offertenerbühr 10 Pf., Russen-Kullirbezugspreis 200 Pf.

Schreibleitung und Druckerei: Maxenstraße 28/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Vertriebs-Station 1068 Dresden.

Die Einladung an Stresemann überreicht.

Keine Beschränkung der Konferenz auf die Außenminister.

Die große Aussprache in Heidelberg. — Preußen und der Finanzausgleich. — De Monzies Besuch in Berlin.

Die Einladung zur Ministerkonferenz.

Berlin, 15. September. Heute mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Einladung zu der Ministerkonferenz übergeben. Es handelt sich nicht um eine von Briand unterzeichnete Note, sondern nur um ein Memorandum. Memoranden pflegen nicht unterschrieben zu sein. Das Schriftstück ist kurz und wird am Donnerstag früh veröffentlicht. Es wird darin lediglich festgesetzt, daß es nach Aufstellung der alliierten Regierungen wünschenswert ist, den Beschluß einer Konferenz festzuhalten; weiter wird es für wünschenswert erklärt, diese Konferenz Ende September oder Anfang Oktober zusammenzutreten zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt.

Die deutsche Antwort auf das Memorandum wird erst erfolgen, nachdem sich das Kabinett über die Angelegenheit geeinigt hat. Am Montag tritt, wie schon gemeldet, zu diesem Zweck ein Ministerrat zusammen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß in dem Memorandum ganz allgemein von einer Ministerkonferenz nicht gesprochen wird, also nicht speziell von einer solchen der Außenminister. — Der englische Geschäftsträger in Berlin hat heute mittag nach Ueberreichung des Memorandums im Auswärtigen Amt vorgesprochen, wo er eine Besprechung mit dem Reichsaußenminister hatte.

Italien wird, wie man in Berlin wissen will, an der Konferenz teilnehmen, doch ist Mussolinis persönliche Anwesenheit noch ungewiß. Das Genfer „Journal“ will wissen, daß bei den Londoner Verhandlungen auf Verlangen Frankreichs ein Verzicht derjenigen Fälle aufgestellt worden sei, in denen Frankreich unbeschadet der Unverletzlichkeit der Westgrenze Deutschlands seinen östlichen Alliierten zu Hilfe kommen kann.

Diese Liste hätte Frankreich als zu kurz und zu unbestimmt befunden. Großbritannien siehe auf dem Standpunkt, daß sie ausföhrlich genug sei, und fürchte, daß sie bei einer Erweiterung den unüberwindlichen Widerstand Deutschlands hervorrufen werde.

Nach einer Genfer Mitteilung des „Journal des Débats“ ist der Antrag Deutschlands für den Beitritt des Reiches zum Völkerverbund schon in nächster Zeit zu erwarten. (?)

Bayern verlangt erst Besprechungen mit den Ländern.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 15. September. Der bayerische Gesandte war gestern im Auswärtigen Amt. Er überreichte die dringliche Vorlesung seiner Regierung nach Anhörung der Länderregierungen, bevor das Reichskabinett auf die Einladung Briands sich schließig mache.

Der Kompromißversuch in den Ostfragen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 15. Sept. Nach „Daily News“ werden die Festsitzungsverhandlungen in Luzern stattfinden, falls jedoch Mussolini daran teilnehmen sollte, in Genua.

Die Tatsache, daß heute der französische Botschafter in Berlin der deutschen Regierung die Einladung zur Konferenz überreicht hat, nimmt der meist auf informierte diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zum Anlaß, die voraussichtliche Entwicklung der Konferenz anzudeuten. Zunächst würde man wohl seitens der Alliierten keine Einwendungen gegen den Vorschlag erheben, daß Stresemann von weiteren Kabinettsmitgliedern, vielleicht dem Reichskanzler und einem Mitgliede der Deutschnationalen Partei, begleitet wird, da man sich der innerpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Regierung bewußt sei. Die erste und hauptsächlichste Verhandlung würde dem Rheinlandpakt und seinen Anhängern, dem deutsch-französischen und deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrag, gewidmet sein. Falls nun allgemein eine Verständigung über dieses Schriftstück erzielt sei, wäre es möglich,

das schwierige Problem der deutsch-polnischen und deutsch-schwedischen Schiedsgerichtsverträge und die Art ihrer Garantien zu verhandeln. An diesen Verhandlungen würden dann der polnische und der tschechische Außenminister teilnehmen, während Großbritannien sich verhältnismäßig abseits halten würde. Die östlichen Schiedsgerichtsverträge würden von besonderer Bedeutung sein, insofern, als sie für Deutschland, Polen und die Tschecho-Slowakei Vertragsverpflichtungen bringen würden, in welche zwar zweifellos die früheren Bestimmungen des Versailler Vertrags hineinanzuerkennen seien, dies aber vielleicht in einer Form, die im Geiste und der Auslegung, wenn auch nicht inhaltlich, eine Abänderung bedeute. Hier sei werde Briand große Anstrengungen machen, um die Entscheidung in einem deutsch-polnischen Konflikt in seiner Hand zu behalten.

In dieser Hinsicht würde eine neue Unterabhandlung durch das Deutsche Reich, die freiwillig unter den neuen Vertrag gestellt würde, von unschätzbarem Werte sein. Das mit würde die gegenwärtige deutsche Behauptung, daß die Unterabhandlung unter den gegenwärtigen Versailler Vertrag erzwungen worden wäre, erledigt werden, doch würde die Ausarbeitung der neuen Verträge schwierig und langwierig sein. — Eine französische Garantie der Ostverträge, die einen Schutz deutschen Gebietes durch französische Truppen bedeute, hielt der Korrespondent für ausgeschlossen.

Kramarsch über die europäische Politik.

Königsberg, 15. September. In einer großen Rede hat Dr. Kramarsch seine Auffassung über die europäische Lage dargelegt. Danach hat die Solidität der Siegerstaaten einen großen Stoß erlitten und Frankreich müßte seine Kriegsschulden selbst bezahlen. Die sogenannten Sicherheitsverträge seien für den Ernstfall sehr fragwürdigen Wertes. Wörtlich sagte er: „Wir bedauern Frankreich aus ganzer Seele, aber schließlich ist es an seiner Lage selbst schuld, denn es hat entgegen meiner Erwartung ebenso wie die Tschecho-Slowakei Rußland seinem bolschewistischen Schicksal überlassen. Die heutige östliche Orientierung und der Pazifismus Frankreichs bedeuten eine Annäherung an Deutschland, die ich freudig begrüßen würde, wenn es einen eben solchen Pazifismus auch in Deutschland gäbe.“

Eine wirkliche Sicherheit könne nur ein neuer enger Zusammenhinh eines von Bolschewismus befreiten, wieder national-nationales Rußlands mit Frankreich bieten, wenn dazu auf den Platz, den ehemals Oesterreich-Ungarn eingenommen hätte, wirklich nationale Staaten kämen.

De Monzie in Berlin.

Berlin, 15. September. Der französische Unterrichtsminister de Monzie traf gestern abend 9 Uhr mit dem schiffplanmäßigen Zuge von Kopenhagen kommend, als erster französischer antilander Minister in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der französische Botschafter, der französische Generalkonsul und ein Vertreter des Ausw. Amtes eingefunden. Wie die Blätter betonen, hat der Aufenthalt de Monzies in Berlin lediglich den Zweck einer kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Bei der angekündigten Unterrichtsmit dem preussischen Kultusminister wird de Monzie wahrscheinlich auch die Frage der Einheitschule ansprechen, über die er bereits in seinem Kopenhagener Vortrag gesprochen hat. Der Minister wird heute abend Berlin wieder verlassen.

Die Fusionsbestrebungen in der Industrie.

Die Fusion in der rheinisch-westfälischen Großindustrie.

Essen, 15. September. Zu den Fusionsverhandlungen der rheinisch-westfälischen Großindustrie erklärt die „Essener Allgemeine Zeitung“ entgegen anderslautenden Blättermeldungen von autorisierter Seite, daß ein Fusionsvertrag bisher noch nicht abgeschlossen ist. Ein Abschluß ist vielmehr frühestens Ende dieses Monats zu erwarten. Gegenstand und Ziel der Verhandlungen ist die Fusion sämtlicher Werke und Firmen von Thyssen, Phönix, Rheinstahl, van der Lippen, Krupp, Rhein-Eisen-Union (Deutsch-Luxemburg), Bochumer Verein, Weisenfirchener Bergwerk-A.G. in Form einer Aktiengesellschaft unter Uebernahme sämtlicher Bergwerksbetriebe, Eisen-, Hütten- und Bergwerke der genannten Aktiengesellschaften und Gewerkschaften. Die Höhe des Aktienkapitals steht noch nicht fest. (W.T.V.)

Geplante Fusion der Farbenfabriken.

Berlin, 15. Sept. Die Verhandlungen der die Interessengemeinschaft bildenden Farbenfabriken zwecks Vereinigung zu einer fusionsartigen Firma haben vorläufig dahingeführt, daß die Grundfragen der Fusion in einem Entwurf niedergelegt worden sind. Ueber die Art der Durchführung und den Zeitpunkt des Inkrafttretens einer etwaigen Fusion laßt sich zurzeit noch nichts Bestimmtes sagen. (W.T.V.)

Vor Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz.

Paris, 15. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Genf behauptet es sich, daß die französische Delegation dem Völkerverbundrat eine Entschließung vorlegen wird, in der sie die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz in kürzester Zeit vorschlägt. Es ist sicher, daß der Völkerverbundrat den Standpunkt der französischen Regierung teilen und die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz für das Jahr 1926 vorbereiten wird. (T.U.)

Vor Verbindlichkeitserklärung des Eisenbahnerschiedsgericht.

Keine Zustimmung der Gewerkschaften erreicht.
Berlin, 15. September. Heute laßt für die Reichsbahnverwaltung und für die Eisenbahngewerkschaften die Frist für die Erklärung ab, ob der Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums angenommen oder abgelehnt wird. Die Gewerkschaften haben sich nicht entschieden können, dem Spruch zuzustimmen. In der Reichsbahnverwaltung haben längere Beratungen über diese Frage stattgefunden, da die finanziellen Lasten, die somit der Hauptverwaltung entfallen, nicht unerheblich über das Maß dessen hinausgehen, was die Hauptverwaltung ursprünglich für Lohnverbesserungen ausgemworfen hatte. Trotz alledem hat man doch den Beschluß gefaßt, dem Schiedsgericht zuzustimmen, und der Reichsarbeitsminister ist in diesem Sinne von der Reichsbahn ver-

Der Bericht des Generalagenten.

Berlin, 15. September. Dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen zufolge hat Deutschland im August 1925 an Reparationszahlungen geleistet: 76 253 702,2 Goldmark, wovon auf Großbritannien 11 722 721,91, auf Frankreich 46 490 771,40 und auf Belgien 7 539 885,57 Goldmark entfallen. Im ersten Jahre bis zum 31. August 1925 belaufen sich die von Deutschland gezahlten Reparationssummen insgesamt auf 1 000 457 572,45 Goldmark. (W.T.V.)

Frankreichs augenblickliche Zahlungsunfähigkeit.

Das Gutachten der amerikanischen Sachverständigen.
Paris, 15. September. Nach Meldungen aus Washington haben die amerikanischen Sachverständigen dem Präsidenten Coolidge den Bericht über die Zahlungsunfähigkeit überreicht. Sie kommen in dem Bericht zu dem Schluß, daß im Augenblick von Frankreich Zahlungen nicht gefordert werden können. Erst müsse Frankreich sein Budget ins Gleichgewicht bringen, ehe es an die Amortisation seiner auswärtigen Schulden denken könne. Die Sachverständigen geben der Hoffnung Ausdruck, daß der Abschluß des Sicherheitspaktes und die Organisation der Entwaffnung es Frankreich gelingen werden, sein militärisches Budget stark herabzusetzen. (W.T.V.)

Amerikanisches Schuldenmemorandum an Frankreich.

Paris, 15. September. Nach einer Havas-Meldung aus Washington erklärte eine hohe Persönlichkeit des Schatzamtes: Gelegentlich der Unterhaltung, die der Botschafter Jules Cambon vor der Rückkehr nach Frankreich mit verschiedenen Persönlichkeiten hatte, sei dem Botschafter ein Memorandum übergeben worden, das die allgemeinen Bestimmungen der Regelung der französischen Schulden enthält. Das Memorandum sieht eine Bezahlung der Schulden in 62 Jahren vor. Die Festsetzung des Zinsfußes sei im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit Frankreichs einer späteren Besprechung vorbehalten worden. (W.T.V.)

Zusammenschluß der Bahnbeamten.

Frankfurt a. M., 15. Sept. In der Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes deutscher Reichsbahnbeamten und Beamtenanwärter in Heidelberg wurde der organisatorische Zusammenschluß beider Organisationen beschlossen. Die neue Organisation trägt den Namen „Zentralgewerkschaftsbund deutscher Reichsbahnbeamter und Anwärter“. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Zugführer Wieg gewählt. Der Zentralgewerkschaftsbund hat sich dem Deutschen Beamtenbund als Epigenorganisation angeschlossen. (T.U.)

Der Seemannsstreik im britischen Reich.

Das selbstbewusste Südafrika.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 15. Sept. „Times“ meldet aus Sydney, daß die Reedereivertreter sich in dem Deportiertenprozeß gegen Walsh geweigert haben, die verlangten Einzelheiten und Schriftstücke dem Gericht mitzuteilen. In Melbourne erhielten weitere 162 streikende Seelente Gefängnisstrafen von je sieben Tagen. Auch in Wellington sind wieder 88 verurteilte Streikende ins Gefängnis übergeführt worden. Etwa 500 Seelente schlossen sich in demonstrativer Absicht an. Sie trugen Banner und sangen die Internationale.

Die streikenden Seelente von Südafrika haben sich an die Gewerkschaften in den Diamantdistrikten mit der Bitte um Unterstützung gewandt.

Die Verteidigung der Seelente hat den interessanten Standpunkt angenommen, daß das englische Handels-schiffahrtsgesetz deswegen in Südafrika keine Anwendung finden könne, weil die südafrikanische Union nicht zum britischen Reich gezählt werden könne. Sie sei eine sich selbst regierende Nation, die direkt unter dem König von England stehe und für die das Parlament in London keine Gesetze geben könne.

Laut „Daily News“ sind die Hafenanlagen in Kapstadt mit Waren zum Zell verdrängter Art überfüllt.